



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

17. Juni 2011

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Eine Bevölkerung versucht, sich gegen ihre Ausplünderung zu wehren

Bei riesigen Demonstrationen schreien bis zu hunderttausende Arbeitende, Arbeitslose, Rentner und Jugendliche in Griechenland seit über zwei Wochen ihre Wut und Verzweiflung heraus: Ihre Verzweiflung über die immer neuen Sparpläne, die sie und ihre Familien in den Abgrund reißen. Ihre Wut auch auf das ganze politische System: Der verhasste Finanzminister, der „Sparminister“, musste bereits zurücktreten.

Vor einem Jahr hatten diese Regierung und die EU erklärt: Nur, wenn die Bevölkerung drastisch spare, könne Griechenland der Krise und der Schuldenfalle entkommen. Doch die Einsparungen haben das Gegenteil bewirkt: In einem Jahr ist die Arbeitslosigkeit von 11 auf 16 % gestiegen. Die Löhne sind um 20% gesunken. Eine Krankenschwester verdient nur noch rund 900 Euro im Monat... während die Preise stetig steigen. Jedes dritte Geschäft oder Café der Einkaufsstraßen hat bereits geschlossen.

nur darum geht, kurzfristig die Finanzmärkte zu beruhigen: Die großen Banken sollen sehen, dass Griechenland auch wirklich jeden Cent zusammenkratzt, um weiter die Wucherzinsen für seine Schulden zu zahlen. Man hofft, dass das Land dann wieder als kreditwürdig eingestuft wird und damit ein Staatsbankrott vermieden wird. Denn der könnte dazu führen, dass große französische und deutsche Banken, bei denen Griechenland die meisten Kredite hat, selber in die Krise geraten.



Quelle: www.moz.de

Es sind die reichen EU-Staaten, allen voran Deutschland und Frankreich samt ihrer Banken und Konzerne, die Griechenland immer weiter in Elend und Schulden treiben und denen obendrein die „Hilfspakete“ dienen.

Merkel aber besitzt die Dreistigkeit, diejenigen zu Sündenböcken zu machen, die am meisten darunter leiden: die griechischen Arbeiter und Rentner! Merkel beschimpft sie als faul, obwohl sie genau weiß, dass die Arbeitenden in Griechenland sogar mehr Stunden im

Jahr arbeiten als in Deutschland und sie genauso spät in Rente gehen – mit mickrigen 600 Euro Rente. Und wenn bald vielleicht wirklich viele Griechen nicht mehr arbeiten, dann nur... weil Merkels Sparpläne sie arbeitslos gemacht haben!

Wir in Deutschland dürfen uns auf diese Propaganda nicht einlassen. Das, was heute den Griechen passiert, kann morgen oder übermorgen sehr wohl auch unser Schicksal sein.

Für die einfache Bevölkerung haben die Sparpläne eine fürchterliche Armutsspirale in Gang gesetzt. Und obendrein treiben die Massenentlassungen und Einsparungen im Öffentlichen Dienst Griechenland auch immer stärker in die Schulden. Denn je mehr Arbeitslosigkeit, Armut und Firmenpleiten es gibt, desto weniger Einkommen hat auch der Staat und desto schlimmer wird die Verschuldung.

Und dennoch wird Griechenland von der EU heute wieder gezwungen, bis 2015 weitere 78 Milliarden einzusparen.

Warum aber zwingt die EU Griechenland zu weiteren Sparplänen, obwohl sie deren wirtschaftlichen Irrsinn kennt? Deshalb, weil es Merkel und Sarkozy

Das zu verhindern ist auch das einzige Ziel des neuen „Hilfspakets“ der EU. Griechenland selber und erst recht seine arbeitende Bevölkerung sieht von diesen „Hilfs“-Krediten nichts... außer den dramatischen Sparmaßnahmen, die im Gegenzug verlangt werden: die 150.000 weiteren Entlassungen im Öffentlichen Dienst, die weitere Senkung der Löhne sowie die Privatisierung von quasi Allem: von der Bahn über die Häfen bis zum Trinkwasser.

Und wieder profitieren vor allem deutsche und französische Konzerne von diesem Ausverkauf: Schon hat sich zum Beispiel die Deutsche Telekom für einen Schnäppchenpreis die staatliche griechische Telefongesellschaft unter den Nagel gerissen.

In keinem Land haben die Arbeitenden die Milliarden an Schulden gemacht. Wir haben von diesem Geld nie etwas gesehen. Die Schulden wurden einzig für die Banken und Konzerne gemacht. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass wir für sie verantwortlich gemacht werden und man uns damit immer weiter ausplündert und bergab treibt.

Überall, wo sich Arbeitende wie heute in Griechenland gegen diese Ausplünderung wehren, wehren sie sich damit letztlich für alle Arbeitenden. Denn auf Dauer haben die Arbeitenden aller Länder nur diese eine Chance: Sie müssen es schaffen, zusammenzuhalten und mit großen, tiefgreifenden Kämpfen die Banken und Konzerne zwingen, ihre Schulden selber zu bezahlen!

Die Möglichkeiten der Medizin – und die Grenzen der Gesellschaft

Das aggressive EHEC-Bakterium hat schon 39 Tote gefordert. Einige der weit über 3000 Erkrankten werden lebenslange Folgeschäden davontragen. Allein 100 von ihnen hat es die Nieren zerstört.

Langsam scheinen die Ansteckungen zum Glück zurückzugehen, nachdem der Ursprung der Infektion wohl geklärt ist. Dennoch bleibt bei vielen noch die Verunsicherung, was man nun essen kann, welchen Entwarnungen und welchen Befunden man glauben kann. Kein Wunder. Wie oft wurde schließlich bei all den vielen Lebensmittelskandalen der letzten Jahre von Unternehmen und staatlicher Seite vertuscht, verzögert und gelogen!

Bei EHEC hatten sie gehofft, den schwarzen Peter dem Ausland zuschieben zu können: Der deutsche Bauernverband hatte sich wortwörtlich als „erleichtert“ erklärt, als „ausländisches Gemüse“ aus Spanien in Verdacht geriet... bis sich dann eben doch herausstellte, dass die Erreger von einem deutschen Hof aus Niedersachsen stammten. Und zwar – allen Verfechtern der „gesunden Bio-Kost“ zum Trotz – von einem deutschen Biohof.

Wie man gefährliche Krankheiten immer besser bekämpfen kann

Lebensmittelkrankheiten wie EHEC hat es in der Geschichte der Menschheit schon immer gegeben. Durch die modernen Methoden der Landwirtschaft, durch wissenschaftliche Begleitung und Kontrollen sind sie bei uns in den vergangenen hundert Jahren massiv zurückgegangen. Doch selbstverständlich entstehen auch immer wieder neue, zum Beispiel durch die natürliche Mutation bereits bestehender Bakterien wie bei EHEC.

Was sich außerdem unglaublich verbessert hat, sind die medizinischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, auf solche (neuen) Krankheiten und unvorhergesehenen Situationen zu reagieren. Im Fall von EHEC gab es ein Informationssystem, durch das

schnell und umfassend vor dem Verzehr von Gemüse gewarnt wurde, wodurch viele Ansteckungen verhindert werden konnten. Es gab die Infrastruktur für zahlreiche koordinierte Lebensmittelkontrollen, die den Ursprung des Erregers aufgespürt haben. Die Wissenschaftler haben in kürzester Zeit einen Test für EHEC entwickeln können. Und sie haben sogar innerhalb von vierzehn Tagen Therapien gefunden, um die schlimmsten Auswirkungen der Krankheit einzudämmen und die Entwicklung der Krankheit oft sogar aufzuhalten.

Diese Möglichkeiten der Wissenschaft, zusammen mit dem unermüdlichen Einsatz zahlreicher Krankenpfleger, Laborbeschäftigter und Ärzte sowie ausreichend Geräten für Dialyse und andere Behandlungen, haben vielen Menschen das Leben gerettet, beziehungsweise sie vor schlimmen, dauerhaften Schäden bewahrt. Ohne sie hätte EHEC ganz andere Ausmaße annehmen können.

Das Drama unserer heutigen Zeit aber besteht darin, dass ein Großteil der Menschheit zu diesen wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten keinen Zugang hat. In den armen Ländern stehen die Menschen selbst gut bekannten und einfach zu behandelnden Krankheiten schutzlos gegenüber.

Die Durchfallkrankheit Cholera tötet dort jedes Jahr 10.000 Menschen, obwohl sie mit bekannten Antibiotika einfach zu heilen ist. Und das gilt für viele Krankheiten, wie die Tuberkulose, die man ebenfalls heilen kann und die dennoch jedes Jahr ungefähr zwei Millionen Menschen das Leben kostet!

Diese riesige soziale Ungleichheit ist eine der mörderischsten Krankheiten auf der Welt. Sie zu beseitigen und damit allen Menschen die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik zugänglich zu machen, ist eine der dringendsten Aufgaben, vor denen die Menschheit heute steht.

Soll das die Zukunft für unsere Kinder sein?



Quelle: www.welt.de

Ende Mai fand ein Tag der offenen Tür der Bundeswehreinheit der Gebirgsjäger in Bad Reichenhall statt. Dabei durften Kinder einen Angriff aus dem Kosovokrieg nachspielen und sogar mit Panzerfäusten auf eine in Miniatur nachgebaute Stadt namens „Klein-Mitrovica“ zielen. Das ist schon scheußlich genug!

Doch Mitrovica ist nicht irgendein Name: Es ist eine Stadt im Kosovo, deren Bevölkerung im 2. Weltkrieg von derselben Gebirgsjäger-Einheit aus Bad Reichenhall terrorisiert wurde, als diese dort die SS bei ihrer „Partisanenbekämpfung“ unterstützte.

Die Traditionen, auch aus der Nazizeit, werden in vielen Eliteeinheiten der Bundeswehr hochgehalten. Sie prägen viele ihrer Ansichten und Verhaltensweisen, auch während ihrer Kriegseinsätze im Ausland. Und nun versuchen sie schon Kinder dafür zu begeistern!

AKW: Die dringendste Sicherheitsfrage sollen wir vergessen

Mit viel Brimborium hat die Regierung den Atomausstieg beschlossen. Was übrigens noch lange nicht heißt, dass er auch kommt. Noch bis 2022 sollen nämlich viele AKWs voll in Betrieb bleiben. Damit kann in den nächsten 10 Jahren jede Regierung jederzeit beschließen, diese Atomkraftwerke nach 2022 einfach weiter laufen zu lassen – und schon ist der Atomausstieg rückgängig gemacht. Genau das hat Merckels Regierung vor 2 Jahren getan.

Der ganze Wirbel um den angeblich so schnellen und „endgültigen“ Atomausstieg hat der Regierung jedoch dabei geholfen, dass über die drängendste, wichtigste Frage keiner mehr spricht: Darüber, wie man die Sicherheit in den ganzen AKWs verbessert, die ja noch mindestens 10 Jahre laufen.

Wollen die Politiker uns etwa glauben machen, die deutschen AKWs seien schon so sicher wie möglich und weitere Sicherheitsvorkehrungen nicht nötig? Das hat man von Japan auch gedacht. Japan galt als eines der sichersten Länder im Bereich der Atomkraft. Und was hat sich gezeigt? In Wahrheit wurden beim Stromkonzern Tepco Sicherheitsnormen gesenkt oder nicht eingehalten, Anlagen nicht gewartet, Sicherheitsprotokolle gefälscht... während die Regierung vor allem die Augen verschlossen hat.

Und man sollte nicht glauben, dass die Stromkonzerne in Deutschland verantwortungsbewusster handeln. Es ist gang und gäbe, in deutschen AKWs einen Großteil der Arbeiten von billigeren Leiharbeitern und Subfirmen erledigen zu lassen, die mit dem Werk zwangsläufig weniger vertraut sind... und die im Schnitt einer doppelt so hohen Strahlung ausgesetzt werden wie die Stammelegschaft!

Gleichzeitig werden bei Wartung und Instandhaltung immer größere Risiken eingegangen. Früher wurden zum Beispiel Verschleißteile nach einer gewissen Lebensdauer vorsorglich ausgetauscht. Heute warten die Stromkonzerne, bis das Verschleißteil tatsächlich kaputt geht. Dabei wissen sie, wie

viel größer das Risiko von Störfällen durch solche Sparmaßnahmen wird.

Das ist nur die Spitze des Eisberges. Die schreckliche Liste der Entscheidungen, bei denen Profit vor Sicherheit steht, ist endlos – das Meiste gelangt nur nie an die Öffentlichkeit. Und es ist abzusehen, dass die Gefahren in den nächsten Jahren steigen werden, weil die Stromkonzerne noch weniger Geld in die Sicherheit ihrer Anlagen stecken werden, wenn das Werk in 10 Jahren vielleicht abgeschaltet wird.

Wir dürfen den Konzernen nicht die alleinige Kontrolle überlassen! Ihr Streben nach Profit ist lebensgefährlich für die gesamte Bevölkerung. Das müssen viele in Fukushima erleben. Deshalb muss die Bevölkerung das Recht und die Möglichkeit haben, ihre Machenschaften zu kontrollieren.

In den Atomkraftwerken arbeiten zehntausende Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler: Sie müssen das Recht erhalten, alles, was sie mitbekommen, offen zu erzählen – ohne dafür ihren Job zu riskieren. Außerdem müssen alle aus der Bevölkerung, die es möchten, Einblick in die Werke erhalten und sie überwachen dürfen: die dortigen Sicherheitsmaßnahmen und deren Umsetzung, die Kontrollen...

Keine Entscheidung darf mehr hinter verschlossenen Türen gefällt werden. Alles muss offen und unter der Kontrolle der dort Arbeitenden und der Bevölkerung entschieden werden. Die Atomkraftwerke müssen für die Bevölkerung vollkommen durchsichtig werden. Das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis gehört ein für allemal abgeschafft, denn es schützt einzig die Konzerne und ihre Machenschaften.

Dieses System gehört dringend abgeschaltet

Die japanische Regierung hat nun einen Rettungsfonds geschaffen. Nein, nicht etwa für die über 90.000 Opfer von Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe, die noch immer in Notlagern leben müssen und die alles verloren haben. Nicht für all die Arbeiter, die in dem verstrahlten AKW Fukushima ihr Leben riskieren. Nein, die japanische Regierung hat einen Rettungsfonds gegründet... für den Stromkonzern Tepco, den Betreiber des AKWs Fukushima, der vor und seit der Katastrophe ständig nur gelogen und betrogen hat! Dieser Rettungsfonds soll die Opfer der Atomkatastrophe entschädigen, damit das „arme“ Unternehmen von dieser Last befreit wird.

Der Konzern Tepco hat mit seiner Profitgier und seinen skrupellosen Einsparungen bei der Sicherheit das Leben und die Lebensgrundlage von hunderten tausenden Menschen über viele Jahrzehnte zerstört. Nichts kann dies wieder gut machen. Ein solcher Konzern müsste enteignet und vergesellschaftet werden, um seine Aktionäre und Manager daran zu hindern, weiter Schaden anzurichten. Doch das absolut Mindeste wäre, dass dieser milliar-



Quelle: www.badische-zeitung.de

Noch immer leben 90.000 in Notlagern

denschwere Konzern seinen Opfern wenigstens ernsthafte Entschädigungen zahlt.

Stattdessen haben es Tepco und die japanische Regierung in ihrem Zynismus so weit gebracht, dass die Entschädigungen nun zu einem guten Teil von der Bevölkerung, aus Steuergeldern bezahlt werden... und damit im Grunde von den Opfern selber! Und so sind bei dieser Ankündigung auch gleich die Aktienkurse von Tepco in die Höhe geschossen.

Die Gewinne bleiben in den Händen der Konzerne und ihrer Aktionäre, alle fürchterlichen Folgen aber trägt die arbeitende Bevölkerung. Das ist Kapitalismus.

Keine Kasse für Kranke

Zahlreiche ältere und kranke Menschen, die in Hamburg und Berlin bei der City BKK krankenversichert waren, haben mehrere fürchterliche Wochen hinter sich. Ihre Krankenkasse ist Pleite gegangen und sie mussten sich eine neue suchen. Sie irrten von Kasse zu Kasse, doch keine wollte sie aufnehmen – schließlich sind sie als Ältere und Kranke nur ein „Kostenfaktor“.

Das ist eine der vielen empörenden Seiten unseres kapitalistischen Gesundheitssystems: Sogar die Krankenkassen stehen untereinander in Konkurrenz und müssen schwarze Zahlen schreiben. Mit der Folge, dass man in Kranken(!)kassen nur dann problemlos rein kommt... wenn man jung und gesund ist.

Envio: weltweite Vergiftung der Arbeiter

Ein Jahr, nachdem öffentlich wurde, dass in Dortmund die Arbeiter von Envio bei ihrer Arbeit mit Transformatoren jahrelang mit giftigem PCB verseucht wurden, kam jetzt heraus, dass in einem weiteren Envio-Betrieb in Südkorea ebenfalls die Arbeiter über Jahre vergiftet wurden. Sie mussten mit völlig zwecklosen Atemmasken arbeiten und hatten keine vernünftigen Schutzanzüge.

Der Chef von Envio-Korea sagte ganz offen: Bessere Schutzkleidung würde „viel Geld kosten“ und die Arbeiter seien dann außerdem nicht mehr „flexibel“ genug!

Es ist auf der ganzen Welt das Gleiche: Die größte Gefahr, vor der die Arbeiter sich schützen müssen... ist die Profitgier der Unternehmen.

Wozu braucht man Feinde, wenn man solche „Freunde“ hat?

Die Gewerkschaftsführung wollte zusammen mit dem Bund Deutscher Arbeitgeber (BDA) eine Kampagne... gegen das Streikrecht führen. DGB und Arbeitgeber wollten gemeinsam ein Gesetz durchsetzen, dass kleineren Gewerkschaften verbietet, für höhere Löhne zu streiken, solange in einer Branche ein Tarifvertrag mit der größten Gewerkschaft gilt.

Kleinere Gewerkschaften wie die Lokführergewerkschaft GDL hätten dann nicht mehr zum Streik aufrufen dürfen, solange der Tarifvertrag mit einer DGB-Gewerkschaft (Verdi, IG Metall usw.) gilt.

Die DGB-Führung war also bereit, einen Pakt mit den Arbeitgebern gegen das Streikrecht und damit gegen alle Arbeiter einzugehen, nur um ihren unliebsamen Konkurrenzgewerkschaften zu schaden!

Sie hatte allerdings die Rechnung ohne ihre eigene Basis gemacht. Zahlreiche Gewerkschaftsaktive in Betrieben

und Ortsverbänden von Verdi haben letztlich durchgesetzt, dass diese Gewerkschaftskampagne beendet wird. Umso besser – denn jede Einschränkung des Streikrechts nutzt vor allem den Gegnern der Arbeitenden, den Unternehmern.

Der Streik ist die wichtigste Waffe der Arbeitenden – die einzige Waffe, mit der sie sich gegen die Angriffe von Unternehmern und Regierung wehren können, mit der sie ihre Forderungen durchsetzen können. Die Kapitalisten und der Staat versuchen daher immer wieder, das Streikrecht einzuschränken – und manchmal macht die Gewerkschaftsführung sogar mit.

Doch wenn sie damit auch zeitweilig die Arbeitenden einschüchtern können – an dem Tag, wo die Arbeitenden wirklich die Wut packt, wo sie gemeinsam zu kämpfen anfangen, nehmen sie sich einfach das Recht zu streiken – egal, ob es für sie im Gesetz ein „Streikrecht“ gibt.

Einmischung

– zu wessen Gunsten?

Die Landesregierung in NRW plant ein Gesetz, wonach öffentliche Aufträge von Städten und Land nur noch an Firmen vergeben werden dürfen, die mindestens 8,62 Euro Stundenlohn zahlen. Selbst das ist natürlich zu wenig: Mit 8,62 Euro Stundenlohn lebt man immer noch an oder sogar unter der Armutsgrenze!

Und dennoch laufen die Unternehmerverbände und die FDP Sturm gegen diese „Einmischung des Staates in die Löhne“. Wie viel (oder besser gesagt wie wenig) Lohn gezahlt werde, sei einzig eine Sache zwischen den Unternehmen und den Beschäftigten. Dieselben Unternehmen haben allerdings kein Problem damit, dass der Staat sich zum Beispiel „einmischt“, um ihre Niedriglöhne von 5 oder 7 Euro... durch HartzIV aufzustocken.

Wir zahlen den Strom... für Evonik und ThyssenKrupp

500 Millionen Euro will Merkels Regierung zur Verfügung stellen, um die Industriebetriebe von den steigenden Strompreisen zu entlasten, die mit dem Atomausstieg erwartet werden. Und die SPD-Landesregierung von NRW mit ihrem Arbeitsminister und ehemaligen DGB-Vorsitzenden Guntram Schneider fordert sogar noch mehr Steuerhilfen für die große Industrie.

Hier sind sich CDU, SPD, FDP und Grüne also alle einig: Für Konzerne wie ThyssenKrupp oder Evonik soll der Staat die höheren Strompreise zahlen – die Arbeiter, Rentner, Arbeitslosen aber sollen sie selber aufbringen!

Auf diese Weise wird die arbeitende Bevölkerung doppelt belastet: Sie muss selber die weiteren Erhöhungen ihrer ohnehin schon heftigen Stromrechnungen verkraften. Und über ihre Steuern zahlt sie die Stromrechnung der großen Konzerne auch noch mit.